S 11 AL 672/02

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Sachsen
Sozialgericht	Sächsisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Arbeitslosenversicherung
Abteilung	3
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	Im sozialgerichtlichen Verfahren hat die einseitige Erledigungserklärung keine eigenständige, insbesondere keine kostenrechtliche Bedeutung. Sie stellt sich – je nach prozessualer Konstellation – entweder als Klagerücknahme oder als Annahme eines Anerkenntnisses dar.
Normenkette	§ 101 Abs 2 SGG § 102 S 2 SGG § 578 ff ZPO

1. Instanz

Aktenzeichen	S 11 AL 672/02
Datum	27.03.2003

2. Instanz

Aktenzeichen	L 3 AL 301/03
Datum	06.05.2004

3. Instanz

Datum	-
-------	---

I. Es wird festgestellt, dass das Berufungsverfahren vor dem Sächsischen Landessozialgericht durch die Erklärung vom 18. September 2003 abgeschlossen wurde. II. Außergerichtliche Kosten sind der Klägerin auch für das Berufungsverfahren nicht zu erstatten. III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Derzeit ist zwischen den Beteiligten streitig, ob der Rechtsstreit durch die am 18.09.2003 eingegangene Erklärung des Prozessbevollmächtigten der Klägerin erledigt ist. In der Hauptsache war die Zahlung von Rentenversicherungsbeiträgen durch die Beklagte für den Zeitraum vom 01.03. bis zum 02.07.2003 streitig.

Hierbei ging die KlÄgerin von einer Verpflichtung zur Zahlung des vollen Beitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung in HÄhe von 19,2 % des Bruttogehalts aus.

Die KlÄgerin, die von der gesetzlichen Rentenversicherung befreit war, meldete sich erstmals im MÄrz 1997 arbeitslos. Von MÄrz 1997 bis Oktober 2000 bezog sie sodann Leistungen der Beklagten, zunÄchst Arbeitslosengeld (Alg) und sodann Arbeitslosenhilfe (Alhi).

WÄhrend des gesamten Leistungsbezuges ab dem 04.03.1997 zahlte die Beklagte nach MaÄgabe von [Ä 207](#) Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) die BeitrÄge zur freiwilligen Rentenversicherung an den D Ä/Lebensversicherung AG, mit der die KlÄgerin damals einen Lebensversicherungsvertrag abgeschlossen hatte.

Nach einem zwischenzeitlichen BeschÄftigungsverhÄltnis sowie nachfolgendem Krankengeldbezug meldete sich die KlÄgerin erneut am 28.02.2002 arbeitslos und beantragte die Wiederbewilligung von Alhi. In dem Antragsformular wurde unter Pkt. 6 angekreuzt: "Ich war unmittelbar vor dem Beginn der Arbeitslosigkeit pflichtversichert in der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung Ä Ja -".

Dennoch fragte die Beklagte im Rahmen der Ermittlungen mit Schreiben vom 04.03.2002 bei der KlÄgerin an, ob noch eine private Rentenversicherung bestehe. Hierzu mÄge sie gegebenenfalls das beigefÄgte Formular ausfÄllen.

Am 19.03.2002 sandte die KlÄgerin die angeforderten Unterlagen einschlieÄlich einer Lebensversicherungspolice der G Ä-AG mit Vertragsbeginn 01.05.2001 zu. Hierbei war jedoch das Formular "Sozialversicherung der Leistungsbezieher" zu Pkt. 24 nicht vollstÄndig ausgefÄllt. Mit Schreiben vom 17.04.2002 teilte die Beklagte der KlÄgerin zunÄchst fÄlschlicherweise mit, dass laut Anweisung die BeitrÄge erst gezahlt wÄrden, wenn die KlÄgerin mindestens drei Monate im Leistungsbezug gestanden habe. Dennoch bat sie mit weiterem Schreiben vom 19.06.2002 um ErgÄnzung der fehlenden Angaben, welche die KlÄgerin am 28.06.2002 zusandte.

Am 03.07.2002 nahm die KlÄgerin wieder ein beitragspflichtiges BeschÄftigungsverhÄltnis auf, daher stellte die Beklagte mit Aufhebungsbescheid vom 10.07.2002 die Leistung ab dem 03.07.2002 ein.

Mit weiterem Schreiben vom 08.07.2002 wandte sich die Beklagte an die G Ä-Lebensversicherungs-AG zur ErgÄnzung der erforderlichen Angaben. Die diesbezÄgliche Antwort/BestÄtigung ging am 22.07.2002 bei der Beklagten mit dem Vermerk, "der Versicherungsvertrag endete am 31.12.2001" ein. Mit Schreiben vom 08. August 2002 teilte hierauf die Beklagte der KlÄgerin mit, eine Zahlung der BeitrÄge an die G Ä-Lebensversicherungs-AG kÄnne nicht erfolgen, da der Lebensversicherungsvertrag am 31.12.2001 geendet habe.

Hiergegen legte die KlÄgerin am 28.08.2002 Widerspruch ein, mit dem sie die Beklagte aufforderte, die RentenversicherungsbeitrÄge umgehend auszuführen,

zumal ihr bereits ein Schaden entstanden sei.

Mit Widerspruchsbescheid vom 09.09.2002 wies die Beklagte diesen Widerspruch als unzulässig zurück, da er sich nicht gegen einen Verwaltungsakt im Sinne von [Â§ 31](#) Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) richte.

Auf eine weitere Nachfrage der Beklagten teilte die G -AG durch Schreiben vom 18.09.2002 nochmals mit, der Vertrag sei zwar wegen Nichtzahlung der Beitrge (gem [Â§ 39](#) Versicherungsvertragsgesetz) zum 31.12.2001 erloschen. Er wrde jedoch fortgesetzt, wenn weiterhin eine Beitragszahlung erfolgte.

Mit weiterem Schreiben vom 14.10.2002 teilte hierauf die Beklagte der G -AG mit, die Beitragszahlung werde fr die Zeit des Leistungsbezuges vom 01.03.2002 bis zum 02.07.2002 (monatlich 153,39 Euro; insgesamt daher 623,46 Euro) bernommen. Die genaue Beitragsberechnung enthielt ein Schreiben vom 20.12.2002, welches die Beklagte auch der Klgerin zusandte. Mit Datum vom selben Tag erfolgte die entsprechende Kassenanweisung.

Gegen den ablehnenden Widerspruchsbescheid vom 09.09.2002 hat die Klgerin am 15.10.2002 Klage zum Sozialgericht Leipzig eingelegt. Alle Grundlagen und Beweismittel der freiwilligen Rentenversicherung seien vorgelegt worden. Entgegen der Auffassung der Beklagten handele es sich bei der Ablehnung um einen Verwaltungsakt. Zwar habe sich fr sie durch das Schreiben der Beklagten vom 20.12.2002 ein Teilerfolg ergeben; dennoch wrde ihr weiterhin der volle Rentenbeitragsanspruch vorenthalten (fr 2002: 19,2 %). Durch diese Verfahrensweise der Beklagten sei ihr ein Schaden von 1.227,12 Euro entstanden; dem knne nur durch die Zahlung eines Betrages von 1.370,61 Euro abgeholfen werden.

Durch Gerichtsbescheid vom 27. Mrz 2003 hat das SG die Klage abgewiesen. Die Beklagte sei zu Recht davon ausgegangen, dass kein ablehnender Verwaltungsakt vorliege. Damit fehle es an dem zwingend erforderlichen Vorverfahren nach [Â§ 78](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG).

Hiergegen hat die Klgerin am 28.04.2003 Berufung eingelegt. In ihrem Fall sei jedenfalls eine Unttigkeitsklage zulässig gewesen. Da das SG sie nicht auf eine entsprechende Umstellung des Klageantrages hingewiesen habe, liege ein Versto gegen [Artikel 103 Abs. 1](#) Grundgesetz (GG) vor. Auf Grund dieser Rechtswidrigkeit sei der Gerichtsbescheid aufzuheben.

Hierzu hat die Beklagte eingewandt, sie halte zwar nicht mehr an der Unzulässigkeit des Widerspruchs fest, denn bei der Entscheidung vom 08.08.2002 handele es sich um einen Verwaltungsakt. Die ausstehenden Beitrge seien jedoch bereits bernommen worden; daher fehle es an einem Rechtsschutzbedrfnis.

Im Errterungstermin vom 16.09.2003 hat die mit ihrem Prozessbevollmchtigten erschienene Klgerin klargestellt, sie beantrage nunmehr nur noch den vollen Rentenversicherungsbeitrag, abglich bereits

gezahlter 623,46 Euro, ein Schadensersatzanspruch werde nicht mehr geltend gemacht.

Mit am 18.09.2003 eingegangenen Schriftsatz hat die KlÄgerin Ä durch ihren ProzessbevollmÄchtigten (Prozessvollmacht vom 03.12.2002, LSG-Akte, Bl. 8) Ä die Klage fÄr erledigt erklÄrt.

Mit weiterem Schreiben vom 12.11.2003 hat die KlÄgerin jedoch mitgeteilt, die ErklÄrung, der Betrag von 623,46 Euro sei gezahlt worden, sei von den Vertretern der Beklagten wissentlich wahrheitswidrig abgegeben worden. Daher sei sie irrÄmlich von der weiteren Verfolgung ihrer Interessen abgehalten worden. Demnach habe sich der Rechtsstreit nicht erledigt. Mit Schreiben vom 06.10.2003 war die KlÄgerin von der G Ä-AG darÄber informiert worden, dass die Zahlung des Arbeitsamtes am 30.04.2003 wieder zurÄckÄberwiesen worden sei, weil sie den Vorschlag vom 24.02.2003 zum Ausgleich ihrer rÄckstÄndigen BeitrÄge nicht angenommen habe.

Die KlÄgerin beantragt sinngemÄÄ,

1. das Verfahren fortzusetzen und die Beklagte unter Aufhebung des Bescheides vom 08. August 2002 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 09. September 2002 zu verurteilen, den vollen Rentenversicherungsbeitrag in HÄhe von 1.163,83 Euro auszuführen, sowie 2. die G Ä-Versicherungs-AG zum Rechtsstreit beizuladen.

Die Beklagte beantragt,

die Feststellung, dass das Verfahren abgeschlossen ist, im Äbrigen hilfsweise fÄr den Fall der FortfÄhrung des Verfahrens, die Berufung zurÄckzuweisen.

Hierzu hat sie ergÄnzend ausgefÄhrt, sie habe erst durch das nunmehr zugegangene Schreiben von der RÄckÄberweisung erfahren, zumal die (RÄck-)Zahlung nicht an das Arbeitsamt Leipzig, sondern die Zentralkasse erfolgt sei. Der Verbleib einer Mitteilung Äber diesen ZahlungsrÄcklauf sowie des ÄberweisungstrÄgers sei nicht bekannt. Im Äbrigen sei mit Bescheid vom 20.12.2002 anerkannt worden, die von der KlÄgerin dem privaten Lebensversicherungsunternehmen im Zeitraum der Arbeitslosigkeit vom 01.03. bis zum 02.07.2002 geschuldeten BeitrÄge in HÄhe von 623,46 Euro zu Äbernehmen. Bestehe der Versicherungsvertrag und schulde die KlÄgerin tatsÄchlich diese BeitrÄge, stehe einer erneuten Auszahlung nichts im Wege. Schulde jedoch die KlÄgerin wegen des ErlÄschens des Versicherungsvertrages tatsÄchlich fÄr o.g. Zeitraum keine BeitrÄge mehr, bestehe auch kein Anspruch auf Äbernahme, so dass die RÄckÄberweisung durch den VersicherungstrÄger korrekt gewesen wÄre. Bei beiden Fallgestaltungen sei die ErledigungserklÄrung des Rechtsstreites konsequent gewesen. FÄr ein weiteres gerichtliches Vorgehen habe das RechtsschutzbedÄrfnis gefehlt.

Zum weiteren Vorbringen der Beteiligten zum Sach- und Streitstand wird auf die

Verwaltungsakten der Beklagten (Band I und II) sowie die Gerichtsakten beider Rechtszweige verwiesen.

Entscheidungsgründe:

Das Fortführungsbegehren der Klägerin ist nicht begründet, weil der Rechtsstreit auf Grund der durch den Prozessbevollmächtigten im Namen der Klägerin am 18.09.2003 abgegebenen Erklärung in der Hauptsache erledigt ist.

Die den Rechtsstreit beendende Prozesshandlung befindet sich in dem Schriftsatz an das Sächsische Landessozialgericht vom 17.09.2003, mit dem der Prozessbevollmächtigte der Klägerin im Ergebnis der Verhandlung vom 16.09.2003 die Erledigung des Rechtsstreits erklärt, nachdem der Vertreter der Beklagten in dieser Verhandlung deutlich gemacht hatte, dass der Betrag von 623,46 Euro bereits an die G&H-AG gezahlt worden war. Da es sich hierbei um den gesamten, für den Zeitraum vom 01.03. bis zum 02.07.2002 geschuldeten Betrag handelte, ging der objektive Erklärungswert der streitigen Äußerung dahin, dass der Rechtsstreit insgesamt und ohne Einschränkung als erledigt anzusehen war.

Im Unterschied zum Zivil- und Verwaltungsprozess führt im sozialgerichtlichen Verfahren bereits die einseitige Erledigungserklärung, die jederzeit schriftlich gegenüber dem Gericht abgegeben werden kann, zur Beendigung des Rechtsstreites in der Hauptsache. Die Erledigungserklärung hat hier (anders als nach [Â§ 91a Abs. 1](#) Zivilprozessordnung -ZPO- oder [Â§ 161 Abs. 2](#) Verwaltungsgerichtsordnung -VwGO-) keine eigenständige, insbesondere auch keine kostenrechtliche Bedeutung. Sie stellt sich je nach prozessualer Konstellation entweder als Klagerücknahme oder wie in diesem Fall als Annahme eines von der Beklagten abgegebenen Anerkenntnisses sowie der daraus folgenden Klaglosstellung, dar. In beiden Fällen führt die Abgabe der entsprechenden Prozessklärung zur Erledigung des Rechtsstreites in der Hauptsache [Â§ 101 Abs. 2](#), [Â§ 102 Satz 2 SGG](#) (Urteil des BSG vom 20.11.1995 - 6 RAr KA 18/95 -; Krasney/Udsching, Handbuch des sozialgerichtlichen Verfahrens, 3. Aufl., Seite 255/256; Zeihe, SGG, 3. Aufl., Stand 10.04.2003, Anm. 2e zu Â§ 101 Satz 2).

Die Erledigungserklärung ist eine Prozesshandlung, die das Gericht und die Beteiligten bindet, auch wenn der Rechtsstreit materiell nicht erledigt wurde. Sie kann grundsätzlich nicht widerrufen werden oder wegen Irrtums angefochten werden (Meyer-Ladewig, SGG, 7. Aufl., Â§ 102 Rdnr. 7 m.w.N.; Kramer, in: M&K, BGB - Allgemeiner Teil, 4. Aufl., Rdnr. 41 zu Â§ 119; Greger in: Zöllner, ZPO, 24. Aufl., Rdnr. 21-24 zu Â§ 128).

Allerdings hat das BSG im Verfahren 9/10 Rv 31/77 (Urteil vom 14.06.1978, [SozR 1500 Â§ 102 Nr. 2](#)) offen gelassen, ob ein Widerruf dann möglich ist, wenn die Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme des Verfahrens nach [Â§ 578 ff. ZPO](#) vorliegen (Anwendung auf Prozessklärung bejahend: u.a. Stein-Jonas-Pohle, ZPO, V 6 vor Â§ 128; [BSGE 14, 138](#); Hess. LSG, Breith. 1958, 1098; LSG Rheinland-Pfalz, Breith. 1967, 358; ablehnend: Zeihe, SGG, 8. Aufl., Stand 01.04.2003, Rdnr. 3b zu Â§ 102). Diese Frage kann jedoch vorliegend dahingestellt bleiben, weil weder

Nichtigkeitsgründe nach [Â§ 579 ZPO](#) noch Restitutionsgründe nach [Â§ 580 ZPO](#) ersichtlich sind.

Bereits auf Grund dieser prozessualen Situation war auch dem Antrag der Klägerin auf Beiladung der G&H-AG nicht zu entsprechen.

Die Kostenentscheidung folgt aus [Â§ 193 SGG](#).

Gründe für die Zulassung der Revision sind nicht gegeben, [Â§ 160 Abs. 2 SGG](#).

Erstellt am: 10.09.2004

Zuletzt verändert am: 23.12.2024